



Das nächste Jahr soll besser werden!

Der Bundespräsident, der Papst und andere überziehen die Welt zu Weihnachten mit salbungsvollen Botschaften. Doch gibt es nicht allzu viel zu feiern dieses Jahr, wenn man sich die Weltpolitik anschaut. Was mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine vor einem Jahr begonnen hat – eine Zuspitzung internationaler Konflikte, Aufrüstung und Kriegstreiberei – setzt sich aktuell im Nahen Osten fort. Hierzulande bleiben die allgemeinen Preise hoch. Die Aussichten für Löhne, Renten und Sozialleistungen sind so lala. Was wird uns 2024 bringen?

Wo bleibt die Menschlichkeit?

Für die 2,3 Millionen Menschen in Gaza gibt es nichts geschenkt, nicht einmal eine Feuerpause, erst recht keinen Waffenstillstand oder Frieden. Grausamer Hohn sind die Aufforderungen der israelischen Armee an die Zivilbevölkerung, diese oder jene Gebiete aufzusuchen, die angeblich nicht angegriffen werden würden – in denen es weder Obdach, noch Lebensmittel, noch Sanitäranlagen gibt – und die regelmäßig dann doch bombardiert werden. Über 21.000 Menschen sind der israelischen Offensive mittlerweile zum Opfer gefallen, davon 70 % Frauen und Kinder, und bis Weihnachten waren nach UN-Angaben 60 % aller Gebäude (!) im Gazastreifen zerstört oder beschädigt. Der schreckliche Anschlag der Hamas war nur der Vorwand für diese Menschenjagd. Gibt es noch moralische Grenzen? Ist das unsere Zukunft, in der Menschenleben so gar nichts mehr zählen?

Die Bundesregierung ist für das Grauen in Gaza mit verantwortlich. Denn sie stärkt der israelischen Regierung den Rücken. Doch das Töten von Zehntausenden und die Vertreibungen werden nur neuen Hass heraufbeschwören und auch den jüdischen Menschen in der Region keine friedliche Zukunft bringen. Trotz mancher leerer Worte über Humanität gilt die Sorge der Bundesregierung nicht der Zivilbevölkerung in Gaza (auch sonst interessieren sie sich nicht für die Menschen, weder in den zerrüteten armen Regionen der Welt noch hierzulande), sondern aktuell interessiert sie der Handelsweg durchs Rote Meer. Die Wirtschaft hat wie immer oberste Priorität. Denn Israels Krieg gegen den Gazastreifen hat das Pulverfass Nahost wieder entflammt und die Huthi-Rebellen im Jemen antworten auf den Krieg gegen Gaza mit Drohnenangriffen auf Handelsschiffe. Die USA und andere imperialistische Kräfte sind schon vor Ort, Deutschland will die Bundeswehr hinschicken. Ein Kriegseinsatz mehr?

Wo bleibt das Soziale?

Die Bundeswehr wird natürlich von allen Sparmaßnahmen ausgenommen. Wir bezahlen dafür mit un-

seren Steuern. Ansonsten hat sich die Ampelkoalition aber auf weitreichende Kürzungen geeinigt, unter anderem beim Bürgergeld. Angeblich müsse mal wieder gespart werden, behaupten die Politiker:innen der großen Parteien. Doch die Schuldenbremse und das Haushaltsloch, das entstanden ist, weil das Bundesverfassungsgericht einen Buchungstrick nicht erlaubte, sind vorgeschoben. Mit „Sondervermögen“ für die Bundeswehr oder andere Bereiche gibt es viele Schattenhaushalte. Und wenn die Milliarden Gewinne und das Vermögen der Großaktionär:innen konsequent besteuert würden, gäbe es überhaupt keine Defizite. Wofür Geld da ist und wofür nicht, ist immer eine Frage des politischen Willens und des Kräfteverhältnisses.

Müssen wir also die Dinge selbst in die Hand nehmen!

Zumindest das ist etwas, worauf man positiv zurückschauen kann im Jahr 2023: Die Gesamtheit der Arbeitenden, die Arbeiter:innenklasse, hat mehrfach gezeigt, wie das Kräfteverhältnis sich verändern lässt. Im Frühjahr genauso wie in den letzten Monaten gab es viele Bereiche in denen gestreikt wurde oder in denen die Streikbereitschaft hoch war. Ableben ließ sich das an den hohen Forderungen, die gestellt wurden (teilweise wurden über 20 % Lohn-erhöhung gefordert). Angesichts der Teuerung und der Unverschämtheit, mit der sich Kapitalbesitzer und Vorstände überall die Taschen vollmachen, waren und sind die Forderungen mehr als gerechtfertigt. Auch wenn die Gewerkschaftsspitzen kaum die Streikbereitschaft ausgenutzt haben, um in den Verhandlungen das Maximale rauszuholen, im Vergleich zu vergangenen Jahren hat sich die Stimmung durch diese Tarifrunden und die Streikaktionen verändert. Das ist etwas, woran wir 2024 anknüpfen können: Mit Selbstbewusstsein und Entschlossenheit dafür eintreten, dass das kommende Jahr besser wird. Dass allen Ausbeuter:innen und Kriegstreiber:innen ihre menschenverachtende Arroganz vergeht und die Solidarität der Arbeitenden an ihre Stelle tritt.

In diesem Sinne: auf ein gutes neues Jahr 2024!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Neues Jahr – neuer Streik

Kurz vor Weihnachten hat die Urabstimmung bei der GDL 97% Zustimmung für Streik ergeben. Das ist richtig viel. Kurz davor kam ja auch die Sache mit den Boni für den Deutsche Bahn-Vorstand raus. 5 Millionen Euro werden nachgezahlt. Wenn es gleich als Antwort darauf den Streikaufruf gegeben hätte, hätte sicher alles gestanden und jeder hätte das verstanden...

Streik ist das einzig wirklich schlagkräftige Argument in Tarifverhandlungen.

Erstmal Abwarten?

Aber nee! Alle Unternehmen in der Reisebranche bereiten sich jetzt vor. Denn Weselsky hat angekündigt, dass es nach dem 7. Januar Streiks zwischen drei und fünf Tagen geben kann. Und Tarifrunden sind ja nur alle 2 bis 3 Jahre. Das sollte also besonders gut laufen.

Alle müssen Bescheid wissen, wo das Streiklokal ist, damit wir uns treffen können. Das ist der Ort, um zu quatschen und Plakate zu malen und Aktionen an den Streiktagen zu planen. Man muss über den Abschluss bei Netinera und den Lauf der Verhandlungen zusammen diskutieren und denen „da oben“ die Meinung mitgeben. Außerdem muss man über die Schweinereien der DB reden (bei den letzten Streikaktionen sind immer kleine Vorgesetzte rumgezogen und haben Kollegen vor und während des Streiks vollgelabert um einzuschüchtern). Streiken ist das Gegenteil von Arbeiten nach Dienstplan unter den Befehlen der Obrigkeit.

Seiler soll sehen, dass die Drohung mit Streik nicht nur eine Drohung ist. Wenn er an 2024 denkt, soll er richtig schlechte Laune kriegen.

Netinera: mehr schönreden als schön?

Netinera und GDL haben noch kurz vor Ende der Urabstimmung einen Abschluss verkündet: Es soll 210 Euro Erhöhung ab 1. März 2024 und nochmal 210 Euro ab 1. Dezember 2024 geben bei einer Laufzeit von 24 Monaten. 10 Euro mehr als beim EVG-Abschluss. Außerdem gibt es die 3.000 Euro Inflationsprämie. Die 35-h-Woche wird Schritt für Schritt im Januar 2028 erreicht sein. Dieser Abschluss soll jetzt als Maß aller Dinge gelten und Basis für weitere Verhandlungen auch bei der DB sein.

Sind die Netinera-Kolleg:innen mit dem Ergebnis zufrieden? Ist das ein guter Kompromiss? Ein schlechter?

Und das Kleingedruckte?

Die Arbeitszeitverkürzung auf die 35-Stunden-Woche hat Netinera nur gegen Verzicht auf die Regelung der 12 Tage Zusatzurlaub gegeben. Dieser Deal zur Arbeitszeitreduzierung ist super komplex wenn man bedenkt, aus welchem Modell man herkommt und wie man sich künftig entscheiden wird. Es bringt mehr freie Zeit, Netinera gewinnt Flexibilität. Außerdem platzt der Deal, wenn die DB dieses Modell der 35-Stunden-Woche nicht übernimmt. Was für ein komplizierter Knoten. Weselsky hat den Netinera-Vorstand als „good cop“ auserkoren. Vielleicht hat Netinera einen anderen Verhandlungsstil als Seiler, aber Ausbeuter bleiben sie

doch. Welche Gegenforderungen werden die anderen Bahnvorstände und die DB aufstellen?

Wir wollen 555 Euro, Arbeitszeitverkürzung und die 5-Schichten-Woche ohne Gegenleistung! Und um den Spekulationen ein Ende zu machen, muss alles aus den Tarifverhandlungen auf den Tisch und erklärt werden. Der EVG-Vorstand hatte die kompletten 140 Seiten Original aus der Schlichtung mit der DB veröffentlicht, nachdem die Mitglieder Druck gemacht hatten.

verdi-Betriebsgruppe der Freien Universität solidarisch

Gewerkschaftsmitglieder von ver.di haben auf ihrer website auf das krass gute Ergebnis bei der GDL-Urabstimmung geantwortet. Sie schreiben, dass sie die Forderungen unterstützen. Sehr gut. Wir müssen uns unter Kolleginnen und Kollegen vernetzen, um uns gegenseitig zu helfen und voneinander zu lernen.

„Task Force“ gegründet

Weil die Software bei der S-Bahn-Neubaureihe macht was sie will, ist das jetzt ein ernsthaftes Problem. Es gibt sowieso ständig Probleme mit der Betriebsqualität. Die Geschäftsführung macht nun Druck, weil sie Muffensausen haben: es geht um Kohle und die Aussichten bei der nächsten Ausschreibung. Da sind sie auf Zack.

Ausschreibung – das Berliner Phantom eiert rum

Es soll weitere Verzögerungen bei der Ausschreibung der Berliner S-Bahn geben. Aber muss das überhaupt sein, diese Ausschreibungen und Privatisierungen? Das sind politische Entscheidungen, keine Naturgesetze, gegen die man nichts machen könnte. Bei jeder Ausschreibung laufen Sparmaßnahmen auf allen Ebenen an. Und dann kommen wir wieder und wieder an den Punkt, dass nur noch an den unzähligen Auswirkungen rundoktert und nicht das Grundübel angepackt wird.

Eine Kampagne unter Bahner:innen gegen diese bescheuerten Privatisierungs- und Ausschreibungsrunden wäre auch was fürs neue Jahr.

2023... was es nicht alles gab

Das Jahr begann mit einer Gewinnmeldung: mehr Passagiere im Fernverkehr, mehr Umsatz als jemals zuvor und ein operativer Gewinn von 1,3 Milliarden Euro. Wer hat's gemacht? Aber es gab bei der Bahn dieses Jahr soviele tödliche Arbeitsunfälle wie nie. Von Schienenbruch bis Wasser im Tunnel und Signalstörungen haben wir wieder alles erlebt. Die Toilettenfrage bleibt ungelöst. Die bisherigen Warnstreiks waren nicht schlecht, vor allem der deutschlandweite „Megastreik“ im Frühjahr. Dass bis dahin bei der DB 6.000 Kolleg:innen nicht mal Mindestlohn bekommen hatten, war allerdings eine schlechte Erkenntnis aus der Tarifrunde. Trotz Blabla von wegen Verkehrswende sollen Kollegen bei Cargo den Job verlieren, das kommt auf die to-do-Liste genauso wie Entlastung in den Schichten. Der Notfallplan ist in den Schnee gefallen, aber dafür war dann der Weihnachtsmarkt bei der S-Bahn nett. Die 5 Millionen Bonus gleicht *das* allerdings nicht aus.

Also Stößchen auf 2024!

Wenn dir das Flugblatt gefällt, dann gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter und schreib an:

flugblatt_bahn@gmx.de || www.zugfunke.sozialismus.click



|| Facebook: Der Zugfunke

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17 14169 Berlin